

Peter Birke

Macht und Ohnmacht des Korporatismus. Eine Skizze zu den aktuellen Arbeitskämpfen in Deutschland

Was folgt aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise für die Entwicklung der sozialen Kämpfe? Wie, und auf welcher Grundlage, verändern sich ihre geografischen und sozialen Räume? Wenn wir davon ausgehen, dass die Krise in dieser Hinsicht keine homogene Entwicklung hervorgebracht hat, dass aber zugleich eine massive Destabilisierung der Regierungs- und Regulationsformen stattfindet, welche Möglichkeiten und Grenzen ergeben sich dann aus einer Sicht „von unten“?¹ Es ist fast unmöglich, diese Fragen zu beantworten, und doch gibt es bereits einige sehr konkrete Antworten auf sie. Die erste Antwort geben die sozialen Kämpfe selbst, in ihren Artikulationen und Zuspitzungen. Vielleicht ist die beste Form der Auseinandersetzung mit solchen Zuspitzungen die der Chronologie, besonders wenn sich die Ereignisse überschlagen. In der vorliegenden Ausgabe von *Sozial.Geschichte Online* berichtet Helmut Dietrich in dieser chronologischen Form über die Revolutionen im Maghreb.² In Griechenland, Island oder zuletzt in Portugal haben sich Sozialproteste konstituiert, in denen wie im Maghreb der Protest gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse ein entscheidender Auslöser war.

¹ Karl Heinz Roth, Die globale Krise. Bisheriger Verlauf – Entwicklungstendenzen – Handlungsmöglichkeiten von unten, in: *Sozial.Geschichte Online*, 2 (2010), S. 124–163. Vorliegender Text entstand auf der Grundlage der Vorträge, die ich auf einer Buchvorstellungsreise durch das Schweizer Mittelland gehalten habe. Ich bedanke mich sehr für die dort erhaltenen Anregungen.

² Vgl. den Beitrag von Helmut Dietrich in vorliegendem Heft.

In Deutschland ist dagegen das Bewusstsein von der Ungleichzeitigkeit, die die Artikulation sozialer Kämpfe charakterisiert, durch die Vorstellung ersetzt worden, dass der Bruchpunkt, an dem sich der globale Kapitalismus weiterentwickelt, aber auch angefochten wird, heute vor allem im urbanen Raum zu suchen sei.³ Für diese These spricht, dass die urbanen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik seit 2009 punktuell massiv waren, worüber in den letzten Ausgaben dieser Zeitschrift umfangreich berichtet worden ist.⁴ Allerdings kann man daran zweifeln, ob die These auch jenseits von Elbe, Spree und Neckar gilt. Dennoch ist es eine zentrale Frage, warum sich die Revolte zwar in Form städtischer Konflikte blicken lässt, innerhalb der bundesdeutschen Arbeitsgesellschaft jedoch vorläufig Ruhe und Ordnung herrschen. Ich möchte im Folgenden einige Antworten auf diese Frage diskutieren. Weil sich die Situation sehr schnell verändern kann und weil man in solchen Situationen nicht zu schnell schreiben oder sprechen sollte, handelt es sich lediglich um Annäherungen und Vorschläge.

Krise als Alltag

Anfang 2009 haben sich in einigen Städten der Bundesrepublik „Krisenbündnisse“ gebildet, die sich über Konflikte am Arbeitsplatz austauschten, um die erwarteten Veränderungen besser einordnen zu können und handlungsfähig zu werden. Diese Bündnisse sind heute fast durchgehend zerfallen. In Hamburg gab es nicht einmal ein wirkliches „Bündnis“. Aber in ähnlichen Gesprächsversuchen, die unter anderem im Kontext der Gruppe „Blauer Montag“ unternommen wurden, hat sich schnell herausgestellt, dass es nicht um *eine* Krise geht, sondern um mehrere. In der Tat hatte sich der alltägliche Druck auf die Beschäftigten und Erwerbslosen

³ Sandro Mezzadra / Andrea Fumagalli (Hg.), *Die Krise denken*, Wien 2010. Vgl. die Rezension dieses Buches in vorliegendem Heft.

⁴ Alexander Schlager, *Die Proteste gegen „Stuttgart 21“*, in: *Sozial.Geschichte Online*, 4 (2010), S. 113–137; Peter Birke, *Herrscht hier Banko? Die aktuellen Proteste gegen das Unternehmen Hamburg*, in: *Sozial.Geschichte Online*, 3 (2010), S. 148–191.

der Bundesrepublik bereits seit rund zehn Jahren verschärft. Die Folgen waren inmitten der Finanz- und Wirtschaftskrise im Grunde bereits allgemein bekannt. Fragte man 2009 nach den durch die Krise ausgelösten Handlungsperspektiven, dann lautete die Antwort überwiegend: „Bei mir hat die Krise nicht erst jetzt angefangen.“ Und fragte man nach den Folgen von Entlassungen in der Privatwirtschaft und Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, dann erschienen die bevorstehenden Übel in der Regel nur „als dasselbe, was wir schon seit Jahren erleben.“ Auf der Veranstaltung eines „Krisenbündnisses“ in Kiel im Herbst 2009 habe ich die bemerkenswerte Aussage einer Altenpflegerin notiert: „Dass wir am Rande des Nervenzusammenbruchs arbeiten müssen, das ist doch schon lange bekannt. Wenn es jetzt zu Verschlechterungen kommt, dann fühlt sich das nur noch wie mehr von demselben an. Die meisten Kolleginnen sind mit dem Verhältnis zwischen Lohn und Arbeitsbelastung unzufrieden, aber sie haben keine Alternative. Sie ertragen das, und sie fressen ihre Wut in sich hinein. Wie lange das noch geht, weiß niemand.“

Diese Quelle ist inoffiziell, aber was in ihr formuliert wird, werden viele wiedererkennen. Denn mittlerweile illustrieren selbst offizielle Statistiken diese Aussage: Sowohl der Anteil als auch die Zahl der *arbeitenden Armen* haben sich im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends massiv erhöht.⁵ Die Mehrzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze ist befristet und ungesichert, immer mehr Menschen pendeln dauerhaft zwischen Erwerbslosigkeit und informeller oder prekärer Beschäftigung.⁶ Seit den Arbeitsmarktreformen der rot-

⁵ Umfassend zur Entwicklung der Armut: Christoph Butterwege, *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*, Frankfurt am Main 2009.

⁶ Dass das Phänomen nicht neu ist, zeigen die teils schon in den späten 1990er Jahren veröffentlichten Texte in: Gruppe Blauer Montag, *Risse im Putz. Autonomie, Prekarisierung und autoritärer Sozialstaat*, Hamburg 2008; vgl. außerdem (neben vielen anderen): Klaus Dörre / Klaus Kraemer / Frederic Speidel, *Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*, in: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 256 (2004), S. 378–397.

grünen Regierung zu Beginn des Jahres 2005 steigt einerseits die Zahl derer, die trotz Voll- oder Teilzeitbeschäftigung Anspruch auf die als (niedriges und umstrittenes) Existenzminimum definierten SGB II-Sätze haben. Andererseits ist mit den sogenannten Ein-Euro-Jobs der Sektor jener Arbeitsverhältnissen gewachsen, aus denen sich weder soziale Ansprüche noch betriebliche Rechte ableiten.⁷ In vielen Bereichen nimmt außerdem die „Lohnspreizung“ durch die Einführung oder Fortschreibung niedriger „Einstiegslohne“ zu, so etwa im öffentlichen Dienst seit der dort im Oktober 2005 eingeführten Lohnstruktur. Was vorgeblich der „Integration“ in Arbeitsverhältnisse dient, schreibt de facto existenziell ungesicherte Situationen auf Dauer fest.⁸ Mit diesen Tendenzen ist letztlich eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten verbunden: wachsende gesundheitliche Belastungen, entgrenzte Arbeitszeiten, der Zerfall der Kohärenz von Arbeits- und Lebensverhältnissen, zwanghafte Mobilität und eine steigende Zahl meist als „psychisch“ geltender Erkrankungen.⁹ Gleichzeitig kommt es jedoch zu einer verstärkten sozialen Polarisierung der Arbeitenden. Selbst eine der Parteinahme für die Armen unverdächtige Institution wie die Bertelsmann Stiftung resümiert, dass sich die Einkommenspolarisierung in der Bundesrepublik seit den 1990er Jahren „schneller vertieft hat als in den meisten anderen

⁷ Vgl. (aus dem Jahr vor der „großen Krise“): Weniger Arbeitslose – aber immer mehr „arbeitende Arme“, DGB-Pressemitteilung, 2. Juni 2007.

⁸ Dies wurde im vergangenen Jahr vor allem anhand der Leiharbeit diskutiert, deren „Brückenfunktion“ mittlerweile auch aus Sicht der Begleitwissenschaft von Regierungseinrichtungen ein Mythos ist; vgl. etwa Florian Lahmer / Kerstin Ziegler, Brückenfunktion: zumindest ein schmaler Steg, IAB-Kurzberichte, 13 (2010).

⁹ Auch hier hat sich der öffentliche Diskurs seit den frühen Null-Jahren beträchtlich verschoben: Der Lobgesang auf die entgrenzte Arbeit, wie er beispielsweise während des „IT-Booms“ angestimmt wurde, ist im Laufe des vergangenen Jahrzehnts in einen Schwanengesang über den „Burnout“ übergegangen: Der Spiegel, 4 (2011), titelte etwa mit „Ausgebrannt – Das überforderte Ich“. Die formulierten Alternativen zu dieser, wie es dort heißt, „diffusen Volkskrankheit“ bleiben dabei individualistisch bis esoterisch. Vgl. zu einer umfassenden Kritik und zur Forderung nach einer „neuen Gesundheitsbewegung“ den Beitrag von Wolfgang Hien in der vorliegenden Ausgabe.

OECD-Ländern.“¹⁰ Die soziale Ausdifferenzierung wird dabei vermittels des Migrationsregimes und der Geschlechterverhältnisse organisiert, außerdem sind die neu auf den Arbeitsmarkt geworfenen jungen Menschen stärker mit dem Mangel an langfristig sicheren Perspektiven konfrontiert als ältere Arbeitende. Die von den verschiedenen Regierungen laufend „bereinigte“ Erwerbslosenstatistik weist den Umfang und die Tiefe der Polarisierung allerdings ebenso wenig aus¹¹ wie die vorliegenden Daten über prekäre Beschäftigung deren drastische Entwicklung beschreiben können.¹²

Die Erosion der Arbeits- und die Verschlechterung der Lebensverhältnisse sind für Millionen Menschen in der Bundesrepublik also nichts Neues. Vielmehr steht die Dekade 1998–2008, also die Zeit *vor* dem Einsetzen der „großen Krise“, im Rückblick für eine (im Vergleich zu anderen Weltregionen „nachholende“) Wiederkehr der Proletarität im Sinne einer durchgreifenden Hierarchisierung der Arbeitsmärkte und der Lebenschancen. Auf dem Territorium der Großstädte wird dies als „kleinräumige Polarisierung“ *sichtbar*, vor allem aber wird es – vermittelt durch die Segmentierung der Arbeitsmärkte und die Transformation der Arbeitsverhältnisse – Tag für Tag auf meist völlig unsichtbare Weise praktiziert. Entsprechen-

¹⁰ Natürlich bleibt umstritten, was als „Reichtum“ und was als „Armut“ definiert wird. Die Tendenz ist gleichwohl eindeutig: Bertelsmann Stiftung, Soziale Gerechtigkeit in der OECD – wo steht Deutschland? Sustainable Government Indicators 2011, Gütersloh 2011.

¹¹ Auch hier kann man bürgerliche Medien zitieren: Arbeitsmarktdaten: Lifting für die Statistik, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. März 2002; Ein-Euro-Beschäftigte fallen aus Arbeitsmarktstatistik heraus, Handelsblatt, 1. März 2002; Monatliche Arbeitslosenstatistik: Was die offizielle Statistik verbirgt, Tagesthemen, 28. Oktober 2010, [<http://tagesthemen.de/wirtschaft/hintergrundarbeitslosenzahlen100.html>] (Download 2. März 2011).

¹² „Die Welt“ umreißt die Entwicklung im August 2009 folgendermaßen: „Der Anteil der Menschen, die in einer sozialversicherungspflichtigen Stelle mit unbefristetem Arbeitsvertrag arbeiten, sank zwischen 1998 und 2008 gemessen an allen Erwerbstätigen von 72,6 auf 66 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der so genannten ‚atypischen Beschäftigungsformen‘ von 16,2 auf 22,2 Prozent an.“ Welt Online, 19. August 2009, [<http://www.welt.de/wirtschaft/article4355980/Armut-srisiko-in-Deutschland-steigt-trotz-Arbeit.html>] (Download 2. März 2011).

de Befunde sind dennoch mittlerweile auch im sozialwissenschaftlichen Mainstream unumstritten. Dementsprechend ist die Lobpreisung des angeblich sonderlich sozialen „rheinischen Kapitalismus“ – abgesehen von einigen merkwürdigen Rückzugsgefechten, die sich beispielsweise um die Definition dessen drehen, was „Armut“ ist – fast völlig verstummt.¹³ Zugleich stellt sich jedoch die Frage nach der Bedeutung dieser Befunde für die sozialen Kämpfe und Konflikte. Meine These, der ich im nächsten Abschnitt anhand der Entwicklung der Arbeitskämpfe nachgehen werde, lautet: Es zeichnet sich vor dem Hintergrund der im vergangenen Jahrzehnt in einem atemberaubenden Tempo veränderten sozialen Verhältnisse ab, dass die Kämpfe zum einen als *blockiert* und zum anderen als *eruptiv* erscheinen werden. Vor diesem Hintergrund ist es nicht hinreichend, die urbanen sozialen Bewegungen als *Verschiebung* zu sehen, also als Kämpfe, die eigentlich „Prekarisierung“ *meinen*, aber „Stadt“ *sagen*.¹⁴ Wir können nämlich keineswegs davon ausgehen, dass Arbeitskämpfe (im engeren Sinne von Kämpfen am Arbeitsplatz) inaktuell geworden sind. Es ist vielmehr aus meiner Sicht weiterhin wichtig und sogar unentbehrlich zu verstehen, wie sich ihre Zusammensetzung und ihre Ausdrucksformen in der jüngsten Vergangenheit verändert haben und weiter verändern.

¹³ Einige wenige Sozialwissenschaftler in der Bundesrepublik geben sich weiterhin dazu her, auszurechnen, dass es im Grunde gar keine Armut gibt oder sie jedenfalls nicht gestiegen ist. Man muss das hier nicht zitieren, und man kann auch bezweifeln, dass die sozialen Konflikte durch diese Analysen gemildert werden. Wenn man den Satz „Armut steigt nicht“ googelt, dann findet man unter den ersten 50 Treffern aktuell 49 Berichte darüber, dass die Armut weltweit und auch in der Bundesrepublik gestiegen ist.

¹⁴ Vgl. Arndt Neumann, Die Debatte um Gentrifizierung ist verkürzt. Der Wandel der Stadt ist ohne den Wandel der Arbeit nicht zu verstehen, in: *analyse & kritik*, 558 (2011). Dieser Text entstand im Rahmen der Veranstaltungsreihe MetroPOLE, in der wir in Hamburg unter anderem die Frage nach dem Zusammenhang von Prekarisierung und Kämpfen im öffentlichen Raum diskutiert haben; vgl. [<http://komunalpolitik.blog.rosalux.de/2010/11/03/metropole/>] (Download 2. März 2011). Der Titel des Textes weist in eine Richtung, die wir auch nach meiner Auffassung beim weiteren Nachdenken einschlagen sollten.

Rasseln am Rathaus

Am 2. März 2011 findet in Hamburg eine Streik-Demonstration statt. Es geht durch die Innenstadt zum Rathausmarkt, aufgerufen haben die drei Gewerkschaften, die zurzeit den Tarifvertrag der Länder (TVL) neu verhandeln. Ich gehe hin, auch weil ich ab dem 1. April 2011 im öffentlichen Dienst beschäftigt bin. Einige Bekannte begrüßen mich und meinen Begleiter mit den Worten: „Oh, das Prekariat ist auch da!“ Aber in Wirklichkeit bin ich endlich entprekariert, mit einem Teilzeitvertrag für ein Jahr, Tarifgruppe TVL 13, 1.060 Euro netto. Unsere Wohnung, in einem der ärmeren Hamburger Stadtteile, kostet rund 1.000 Euro Miete, zurzeit geteilt durch drei MieterInnen. Ich habe es noch relativ gut, denn eine unverheiratete Erzieherin erhält für einen Halbtagsjob, nach Abzug der Kirchensteuer, in Hamburg netto genau 794,58 Euro.¹⁵ Und wenn diese Frau in der Hamburger Innenstadt wohnt, zahlt sie für eine mit der unseren vergleichbare Wohnung bei Neuvermietungen gut und gerne 1.500 Euro. Schon an dieser Stelle sollte klar sein, was die Frage nach Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen mit den stadtpolitischen Protesten zu tun hat.¹⁶ Die Mieten in Hamburg sind auch in der Finanzkrise explodiert.¹⁷ Doch abgesehen davon geht es bei der Tarifrunde im öffentlichen Dienst auch um das Problem, dass die Kassen selbst dieser reichen Stadt leer sind und die letzte schwarz-grüne Regierung unter anderem daran gescheitert ist, dass sie ihre Sparmaßnahmen nicht legitimieren konnte. Auf der Demonstration ist das alles jedoch so gut wie gar nicht präsent.

Das Besondere an der Aktion ist dagegen, dass auch viele beamtete Lehrerinnen und Lehrer sich an einem ganztägigen Warnstreik beteiligen. Ihnen geht es auch darum, dass die Eingruppierung der

¹⁵ Wer sich sein Gehalt selbst ausrechnen will, kann das hier: [<http://oeffentlicher-dienst.info/c/t/rechner/tv-l/tr/2011?id=tv-l-2010>] (Download 2. März 2011).

¹⁶ Birke, Banko (wie Anm. 4).

¹⁷ Hamburger Abendblatt, 8. April 2009.

LehrerInnen von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich ist, so dass ein Pauker in Passau für dieselbe Arbeit etliche hundert Euro mehr verdient als seine Kollegin in einem anderen Bundesland. Die Stimmung ist ganz gut, obwohl oder weil ein großer Teil der circa 1.500 Leute formal nicht streiken dürfen und Disziplinarmaßnahmen riskiert. Andererseits ist vom traditionellen Kern der öffentlich Beschäftigten kaum etwas zu sehen. Mit dem TVL wurde auch eine Trennung der im Schnitt gewerkschaftlich relativ gut organisierten Beschäftigten des Bundes von den eher unterdurchschnittlich organisierten Beschäftigten der Länder und Kommunen vorgenommen. Sogar die Laufzeiten der Tarifverträge sind mittlerweile unterschiedlich. Das erhöht nicht gerade die Durchsetzungsfähigkeit dieses Streiks.

Die Gewerkschaften fordern einen Festgeldbetrag (fünfzig Euro) und drei Prozent mehr Lohn. Ein weiterer Konflikt ist entstanden, weil der Hamburger Senat im Rahmen der sogenannten Haushaltskonsolidierung das Weihnachtsgeld der meisten Beamten gestrichen hat. Insgesamt geht es also von vornherein bestenfalls darum, Lohnsenkungen zu verhindern. Am Rathaus angekommen, erklären die Sprecher der drei beteiligten Gewerkschaften in erster Linie ihre Empörung ob des Umstandes, dass „die Arbeitgeber nicht auf Augenhöhe verhandeln.“ Die Zuhörer applaudieren müde, einige wenige machen mit den zentral verteilten Rasseln ein paar Geräusche. Dass die, wie immer wieder erklärt wird, „moderate“ Forderung erfüllt wird, glaubt eigentlich niemand, zumal der Gewerkschaftsvorsitzende Bsirske in der Tagesschau bereits erklärt hat, dass „zwei Prozent das Mindeste ist.“¹⁸ Eine Freundin, die das erste Mal an einem Streik teilnimmt, erzählt mir, dass sie enttäuscht ist, weil die Arbeitsbedingungen in den vollmundigen Reden nicht angespro-

¹⁸ Ein paar Tage später, zwischendurch hatten in Portugal Hunderttausende auf der Grundlage eines Facebook-Aufrufes gegen die Regierung der Prekarität rebelliert, kam der Abschluss: 1,5 Prozent für 2011, 350 Euro Einmalzahlung. Das Problem der Eingruppierung der LehrerInnen wurde nicht gelöst. Selbst die Süddeutsche Zeitung spricht von massivem Unmut an der Gewerkschaftsbasis; vgl. [<http://www.netzwerk-verdi.de/164.0.html#c1403>] (Download 12. März 2011).

chen werden, auch nicht der schwierige Alltag in der Schule, wo sich die sozialen Probleme, die es in Hamburg gibt, ständig in ihrer vollen Tragweite ausdrücken. Es ist kalt an diesem Mittag auf dem Hamburger Rathausmarkt, bedeckt. Als wir die Demonstration verlassen, setzt ein leichter Nieselregen ein.

Was ist Korporatismus? In der sozialwissenschaftlichen Forschung wurde dieser Begriff als „sozialfriedliches Einvernehmen der Interessenverbände“ definiert.¹⁹ Noch in den 1970er Jahren glaubte man, dass dieses „Einvernehmen“, insbesondere der Verzicht auf die Artikulation von Konflikten, eine „planerische“ Wirtschaftspolitik begünstigen könnte. In dieser Zeit meinte man sogar, ein „nordeuropäisches Modell“ entdeckt zu haben, das – im Gegensatz beispielsweise zur Situation in den USA, Großbritannien oder Frankreich – Konflikte und Streiks nachhaltig eingedämmt habe, unter bürgerlich-parlamentarischen Bedingungen.²⁰ In der Bundesrepublik war eines der Symbole für diese Eindämmung die „konzertierte Aktion“, in der die Spitzen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften bis 1976 über Rahmendaten der wirtschaftlichen Entwicklung und über „objektive Verteilungsspielräume“ sprachen.²¹ Spätestens in den frühen 2000er Jahren fiel die Gemeinde allerdings sehr stark vom Glauben an dieses Modell ab, was teils mit den geschilderten veränderten sozialen Bedingungen, teils mit der neuen Position der

¹⁹ Vgl. etwa Roland Czada, *Konjunktoren des Korporatismus: Zur Geschichte eines Paradigmenwechsels in der Verbändeforschung*, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 25* (2004), S. 37–63. Zur Geschichte der Beziehung zwischen Gewerkschaften und bürgerlichem Staat in Deutschland siehe auch Klaus Tenfelde, *Arbeitsbeziehungen und gewerkschaftliche Organisation im Wandel*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 13/14 (2010), S. 11–20. Vgl. auch Wolfgang Streeck, *Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*, Frankfurt am Main 1999.

²⁰ Vgl. Edward Shorter / Charles Tilly, *Strikes in France, 1830–1968*, Cambridge / London 1974. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Buches war die These in der historischen Praxis bereits teilweise demontiert worden.

²¹ Vgl. Michael Ruck, *Die Republik der Runden Tische: Konzertierte Aktionen, Bündnisse und Konsensrunden*, in: André Kaiser / Thomas Zittel (Hg.), *Demokratietheorie und Demokratieentwicklung*, Wiesbaden 2004, S. 333–356.

Unternehmer zu tun hatte, wie sie spätestens im ostdeutschen Metallarbeiterstreik von 2003 zum Ausdruck kam. Die Unternehmer glaubten nun nämlich, auf die Mitarbeit der Gewerkschaften an der überbetrieblichen Gestaltung der Arbeitsbeziehungen verzichten zu können.

Bemerkenswert ist allerdings, dass die Grenzen des „Korporatismus“ in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts auch „von unten“ gezogen wurden. In den Jahren zwischen etwa 2004 und 2007 wurden die Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik sichtbarer, und sie nahmen auch zahlenmäßig stark zu. Im Streik bei Opel Bochum im Oktober 2004, in den Auseinandersetzungen bei AEG in Nürnberg oder bei BSH in Berlin²² meldeten sich nicht nur die vorgeblich verschwindenden industriellen Beschäftigten wieder zu Wort, sondern es wurde sogar jene „Standortlogik“ hinterfragt, auf deren Grundlage Gewerkschaften und Arbeitgeber seit den 1990er Jahren eine „sozialfriedliche“ Abwicklung von Konflikten um Arbeitsplatzabbau garantieren wollten.²³ Gleichzeitig kam es zu einzelnen Streiks, in denen prekarierte Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen in die öffentliche Kritik gerieten. Am bekanntesten und weitaus am besten dokumentiert ist sicherlich der Arbeitskampf beim Flughafen-Caterer Gate Gourmet in Düsseldorf, der zugleich

²² In diesem Kontext entstand eine umfassende, meist dokumentarisch-analytische und sogenannte graue Literatur, siehe unter anderem: Jochen Gester / Willy Hajek, Sechs Tage der Selbstermächtigung. Der Streik bei Opel Bochum im Oktober 2004, Berlin 2005; Redaktion „Druckwächter“, „Wir bleiben hier, dafür kämpfen wir“. Akteure berichten über den Arbeitskampf bei AEG / Electrolux in Nürnberg, 2005–2007, Berlin 2009; Torsten Bernewitz, Die neuen Streiks, Münster 2009.

²³ Die Probleme wurden auch am Rande des Diskurses der soziologischen Arbeitsforschung thematisiert: Britta Rehder, Legitimationsdefizite des Co-Management. Betriebliche Bündnisse für Arbeit als Konfliktfeld zwischen Arbeitnehmern und betrieblicher Interessenvertretung, in: Zeitschrift für Soziologie, 35 (2006), 3, S. 227–242. Vgl. auch Richard Detje u. a., Auseinandersetzungen um Betriebsschließungen. Eine Bestandsaufnahme, ISF München, Manuskript, Hamburg / München 2008. Hier finden sich elf Dokumentationen über Kämpfe gegen Betriebsschließungen. Vgl. weiterhin Mario Candeias / Bernd Röttger, Sozialtarifverträge und lokale Arbeiterbewegung, in: Heinrich Geiselberger (Hg.), Und jetzt? Politik, Proteste, Propaganda, Frankfurt am Main 2007, S. 88–96.

eine transnationale Dimension hatte.²⁴ Am Ende der vier genannten Jahre war außerdem immer häufiger ein Phänomen zu verzeichnen, das in den bundesdeutschen Arbeitsbeziehungen bis dahin nur wenig artikuliert war: Berufsgruppen-Streiks, die von Ärzten, Fluglotsen und Lokführern unternommen wurden, die sich nicht oder nicht mehr in den DGB-Einzelgewerkschaften organisieren.²⁵

Arbeitskämpfe in der Krise

Die offizielle Streikstatistik verrät über diese Entwicklungen nicht viel. Sie ist in der Bundesrepublik – wie selbst die wissenschaftliche Abteilung der Arbeitgeberverbände anerkennt – fast ohne jede Aussagekraft. Den „korrigierten“ Streikstatistiken, die das WSI der Hans-Böckler-Stiftung alljährlich herausgibt, ist dagegen zu entnehmen, dass das Vorkrisenjahr 2006 jenes mit der höchsten Anzahl Streikender seit 1993 war.²⁶ In der Krise nahm dann zwar die Beteiligung an den Streiks ab, aber die absolute Zahl der registrierten Arbeitskämpfe sank keineswegs: ein Hinweis auf die noch immer zahlreichen dezentralen Konflikte. Allerdings hat diese Konflikthaftigkeit unterschiedliche Ursachen, was auch darauf verweist, dass die Zahl der „Streiks“ ein fragwürdiger Indikator für den Stand der Klassenkämpfe bleibt. Es muss weiterhin spezifiziert werden, warum gerade gegen wen, mit wem, an welchem Ort und mit welcher öffentlichen Wirkung gestreikt wird. Die Zunahme der legalen und offiziellen Streik-„Fälle“ im Bereich von ver.di und der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG), die sich im Laufe der 2000er Jahre gezeigt und die auch in der Krise angehalten hat, ist beispielsweise auch auf die im obigen Beispiel erwähnte Zersplitterung des Tarifsystems zurückzuführen: mehr Tarifverträge – mehr Tarifverhandlungen, mehr „offizielle“ Streiks – das kann,

²⁴ Flying Pickets (Hg.), Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet, Hamburg 2007.

²⁵ Zur Diskussion dieses Arbeitskampfes in der bürgerlichen Presse siehe etwa: Arbeiter mit Marktmacht, Die Zeit, 13. Juli 2007.

²⁶ Presseinfo der Hans-Böckler-Stiftung, 31. Mai 2007.

muss aber nicht viel bedeuten und muss eben deshalb kontextualisiert werden.²⁷

Ein anderer Indikator weist jedenfalls darauf hin, dass, während die Zahl der Streiks in etwa konstant geblieben ist, ihre Massenhaftigkeit abnimmt: 2009 streikten demnach nur noch rund 400.000 Menschen, zwei Jahre zuvor waren es noch weit mehr als eine Million, ein Rückgang von über sechzig Prozent.²⁸ Andererseits gab es mitten in der Krise einige bedeutende Arbeitskämpfe: Heiner Dribbusch, fast der einzige Forscher in der BRD, der zu diesen Fragen detailliert und seriös arbeitet (oder arbeiten kann), betont, dass auch 2009 der in den 2000er Jahren ohnehin ständig wachsende Anteil der Streiks im Dienstleistungsbereich signifikant gewesen sei. Spektakulär waren dabei vor allem die tariflichen Arbeitskämpfe im Kita-Bereich und im Reinigungsgewerbe.²⁹ Dribbuschs Analyse weist auf eine weitere wichtige Entwicklung in der bundesdeutschen Streiklandschaft hin: die Verschiebung zugunsten von Arbeitsfeldern, die von weiblichen und migrantischen Arbeitenden geprägt sind und in denen die Produktion öffentlicher Güter (in welcher Form auch immer) zur täglichen Herausforderung wird. Diese Verschiebung ist bemerkenswert, weil sie eine bestimmte politische Zuspitzung nahelegt.

In den Kindertagesstätten arbeiten vor allem Frauen, die überall ähnlich bezahlt werden wie die oben erwähnte Erzieherin.³⁰ Wenn der Kita-Streik eine gewisse Dynamik entfaltete, dann lag dies auch

²⁷ Vgl. Heiner Dribbusch, *Tertiarisation of Strikes in Germany*, Paper, Conference Strikes and Social Conflicts in the Twentieth Century, Lissabon 2011 (unveröffentlichtes Manuskript).

²⁸ Ausführlich: [http://www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2010_04_20.pdf] (Download 2. März 2011).

²⁹ Für eine Übersicht über die Entwicklung der Arbeitskämpfe im öffentlichen Sektor siehe Heiner Dribbusch, *Strikes and Employer Militancy: Balance of Power and Industrial Conflict in German Public Sector Services Since 1990*, Manuskript, Düsseldorf 2008.

³⁰ Vgl. zum Folgenden: Der Kita-Kampf. Erzieherinnen werden selbstbewußter. Sie streiken zu Recht für bessere Arbeitsbedingungen und ein höheres Gehalt, *Die Zeit*, 26. Juni 2009.

an der Demokratisierung der Streikkultur, etwa vermittelt zentraler Basisversammlungen. Zweitens war der Gegenstand des Streiks – zunächst aus formalen Gründen, dann aber aufgrund der von den Streikenden artikulierten Bedürfnisse – der Gesundheitsschutz, also eine Frage, die die Arbeitsbedingungen betrifft. Und schließlich ging es in jenem Kampf auch um die Frage nach der Kinderbetreuung – also in erster und letzter Instanz um eine Frage, die nicht nur die Arbeitenden betrifft. Folgerichtig gab es zahlreiche (wenn auch oft nur begrenzt wirksame) Versuche, die Eltern und die lokale Bevölkerung in die Bewegung einzubinden. Mit anderen Worten: Es handelte sich um ein prominentes Beispiel eines Arbeitskampfes, an dem sich überwiegend Frauen beteiligten und der zugleich – zumindest abstrakt – einen Anknüpfungspunkt für urbane soziale Proteste bot. Dass diese Anknüpfung 2009 (noch?) flüchtig blieb und die stadtpolitischen Proteste auch danach Fragen der Arbeitsbedingungen so gut wie überhaupt nicht thematisierten, ändert nichts daran, dass Bezugnahmen dieser Art in Zukunft bedeutend sein *könnten*.

Ähnlich interessant ist die Geschichte des Streiks im Reinigungsgewerbe. Hier kämpfte im Herbst 2009 eine extrem prekarierte Gruppe von Arbeitenden: Menschen, die Fabriken und die Gebäude großer Institutionen sauber machen, in sehr isolierten Verhältnissen, mit Schichten von fünf bis neun Uhr und dann wieder nach Arbeitsende, von Nachmittags bis Spätnachts.³¹ Der Konflikt brachte, wenngleich sehr punktuell, auch die Subunternehmen in den öffentlichen Fokus, die an der Tätigkeit dieser überwiegend

³¹ Bundesweite Streiks: Gebäudereiniger wollen Mindestlohn, Frankfurter Rundschau, 15. Oktober 2009. Zur Situation im Gebäudereinigungsgewerbe vgl. Heidi Schroth, Klinken putzen!? Strategien gewerkschaftlicher Mitgliederaktivierung in Deutschland und den USA, Hamburg 2009, S. 79–124. Die Streiks waren allerdings keine „Massenstreiks“. Obwohl bis zu 800.000 Menschen in der Gebäudereinigung beschäftigt sein sollen, streikten nie mehr als einige tausend Kolleginnen und Kollegen. Der Streik wurde, wie Heiner Dribbusch in einem Gespräch mit mir meinte, „durch die Presse gewonnen“. Ich danke Heiner Dribbusch auch sonst für wichtige Hinweise zu vorliegendem Text.

migrantischen Arbeitskraft verdienen. Materiell ging es um die Aufkündigung des bis dahin allgemeinverbindlichen Tarifvertrages und die Gefahr, dass die Löhne noch weiter unter das Existenzminimum sinken. Der erste offizielle Streik dieser Gruppe in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte führte immerhin zur Verteidigung des Status Quo.

Angesichts der geschilderten Erosion und Polarisierung der Arbeitsbedingungen sind solche Beispiele insofern wichtig, als sie trotz ihrer begrenzten Resultate eine mögliche Variante der sozialen Neuzusammensetzung der Kämpfe zeigen: streikende Migrantinnen, prekär Beschäftigte, Frauen im Dienstleistungsbereich. Sie zeigen zugleich eine Erweiterung der artikulierten Themen: Kritik an menschenunwürdigen und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen, die Frage nach der Qualität öffentlicher Güter und dem Zugang zu ihnen, die Forderung nach linearen Lohnerhöhungen, die Kritik an den Geschlechterverhältnissen und anderes mehr. Es wäre also ganz falsch und voreilig, in den urbanen sozialen Protesten in der Bundesrepublik – unter dem Banner „Die Stadt ist unsere Fabrik“ – einfach eine „Verschiebung“ zu sehen.

Es ist aber gleichzeitig richtig, dass die Konflikte in den meisten Bereichen, in denen die prekäre Beschäftigung dominiert, nach 2009 immer seltener und immer schwächer artikuliert wurden (was nicht heißt, dass es sie nicht gab, sondern dass sie sich nicht in der Form des Streiks äußerten und dass sie in der Öffentlichkeit wenig Beachtung fanden). Ein Grund dafür ist, dass die öffentlichen Haushalte, nicht nur in Griechenland, sondern auch in der BRD, 2010 *im Ernst* mit der Rückzahlung der *bailouts* von Banken und Immobilienfonds begonnen haben: Vor allem die zentrale Steuerpolitik der letzten 15 Jahre bewirkt dabei, dass viele Kommunen und Länder im Grunde bankrott sind. Auf dieser Grundlage – die angesichts des tatsächlich wachsenden Reichtums der urbanen Oberschichten nur als bizarr erscheinen kann – verschlechtert sich die Verhandlungsposition etwa der im obigen Hamburger Beispiel genannten Gruppen, zumindest auf kurze Sicht. Die Gewerkschaft-

ten haben in dieser Situation 2009 mit ihrer „gemäßigten“ Tarifpolitik angefangen, das heißt sie haben *lohnpolitisch* (wie am Beispiel der Verhandlungen im öffentlichen Dienst, Bund, im Frühjahr 2010 zu sehen war) Null- oder Minusrunden akzeptiert, während jedenfalls ihr Mainstream in Bezug auf die Arbeitsbedingungen in völliges Schweigen verfallen ist.³² Ebenfalls in gewissem Sinne regressiv erscheint, dass in der Arbeitspolitik nicht die Dienstleistungsgewerkschaft, sondern vielmehr die alte, große Industriegewerkschaft Metall in der Not zum Motor wurde. Im Gegensatz zu ver.di beschlossen die Metaller vor etwas mehr als einem Jahr ganz explizit, den Unternehmern ein Stillhalteabkommen anzubieten: Der Verzicht auf stabile Löhne wurde gegen die Sicherung der Arbeitsplätze der Kernbelegschaften getauscht, wobei dem Staat die Aufgabe zugewiesen wurde, diesen Tausch extern (also durch Maßnahmen außerhalb der Tarifautonomie) abzusichern und zu regulieren.³³ Es kam mithin zu einer Neuauflage der „rheinischen“ (also nicht: der faschistischen) Form des Korporatismus, wie zu ihren Hochzeiten. Die Kurzarbeiterregelung, die von der Regierung immer wieder verlängert wurde, entfernte die Beschäftigten nicht nur des Metallsektors in der Krise aus dem Betrieb, bei einer im Vergleich zum Arbeitslosengeld relativ günstigen Weiterzahlung eines Teils ihrer Bezüge. Die „Abwrackprämie“ dämmte den sinkenden Absatz von Automobilen ein, trotz der gleichzeitigen, heftigen Debatte um die Klimakatastrophe und die Zukunft der Energieversorgung. Die gesellschaftliche Perspektive, auch Mobilität und die natürliche Umwelt als *commons* zu verstehen und über Konversion auch nur zu sprechen, wurde mit diesen tripartalen Initiativen zunächst verbaut. Grundlage war, dass die IG Metall mit der vorläufigen Rettung der Kernbelegschaften die Bedrohung ihrer Existenz als Mitgliederorganisation entgegenwirken wollte.

³² Zur Kritik siehe, auch für das Folgende: Peter Birke / Siggfried Friess, Umwege ins Paradies? Für eine Erneuerung der Arbeitszeitdebatte, Hamburg 2010.

³³ Ebd. Auch die FAZ lobt die „neue Kooperation“ in den höchsten Tönen, siehe: Gewerkschaften und Betriebsräte, Hilfe bei der Krisenbewältigung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Dezember 2010.

Gleichzeitig wurden hunderttausende prekär Beschäftigte, vor allem Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, als „Konjunkturpuffer“ missbraucht, das heißt in der Krise aus den Betrieben gespült, um in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres angesichts der erneut steigenden Auslastung der Betriebe wieder hineingespült zu werden.³⁴ Es ist unbestritten, dass diese Politik in der schweigenden oder schreienden Akzeptanz gerade der Kernbelegschaften und der meisten Betriebs- und Personalräte *eine* ihrer Grundlagen hatte. Die Frage lautet an dieser Stelle deshalb, wie nachhaltig diese Akzeptanz ist und welche Perspektive dieser neue „postrheinische“ Korporatismus hat.

Ohnmacht und Korporatismus

Dass die eben kurz skizzierte Politik sie nicht retten wird, wissen auch die Gewerkschaften, oder zumindest ihre Spitzen. So wurde vor einigen Monaten in einer Studie, die die IG Metall in Auftrag gegeben hat, festgestellt, dass mehr als die Hälfte der im sogenannten Aufschwung eingestellten Beschäftigten in der Metallindustrie das Prekariat *vergrößert*: Es sind vor allem LeiharbeiterInnen.³⁵ In

³⁴ Bundesagentur für Arbeit, Leiharbeitnehmer und Verleihbetriebe im 2. Halbjahr 2009, Nürnberg 2009. Demnach sank die Zahl der Beschäftigten von 721.000 (Dezember 2007) auf rund 600.000 (2009). Aktuell werden etwas mehr als 900.000 LeiharbeiterInnen registriert.

³⁵ Die IGM-Studie („Betriebsräteumfrage der IG Metall zur Leiharbeit“) ist dokumentiert auf: [http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/SID-0A456501-1F092408/internet/docs_ig_metall_xcms_170013__2.pdf] (Download 2. März 2011). Nur 15 Prozent der Eingestellten erhielten in der Metallbranche im Jahre 2010 einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die IG Metall und ver.di haben in letzter Zeit versucht, die Leiharbeit stärker zu thematisieren. Dies mit dem Wind eines Urteils des Bundesarbeitsgerichts im Rücken, das Equal Pay und Nachzahlungspflicht von Unternehmen festlegt, die auf Grundlage des skandalös schlechten Tarifvertrags mit der Christlichen Gewerkschaft entlohnt haben. Dass der DGB einen kaum besseren Niedriglohntarifvertrag für diesen Sektor unterzeichnet hat, ist in diesem Zusammenhang aber nicht gerade hilfreich. Im beschäftigungsmäßig mittlerweile recht marginalen Stahlsektor wurde immerhin vor einigen Monaten ein Equal Pay-Tarifvertrag unterzeichnet. Allerdings ist die Zahl der dort beschäftigten Leiharbeiter unterdurch-

den vergangenen zwei Jahren ist der Anteil der ungesichert, befristet oder „leihweise“ Beschäftigten besonders in der jüngeren Generation geradezu explodiert.³⁶ Selbstverständlich denkt eine Zweiundzwanzigjährige, die gerade für ein paar Monate einen Praktikumsplatz erhalten hat und für einen Apfel und ein Ei arbeitet, nicht als erstes daran, dass sie sich unbedingt gewerkschaftlich organisieren sollte – und der Grund ist sicherlich nicht, dass diese Praktikantin „unpolitisch“ ist (oft im Gegenteil).

Die DGB-Gewerkschaften, die seit 1990 rund die Hälfte ihrer Mitglieder verloren haben und insofern schon seit längerem in ihre eigene „Finanzkrise“ geraten sind, reagieren auf diese Tendenzen unter anderem mit der Forderung nach staatlichen Organisationsgarantien. Hinter ihrem aktuellen Wunsch nach „Tarifeinheit“ steckt vor allem der Versuch, die konkurrierenden Berufsgewerkschaften, aber auch eine mögliche linke Konkurrenz, wie sie in wenigen Fällen etwa durch die anarcho-syndikalistische FAU repräsentiert wurde, auszuschalten.³⁷ Im Verbund mit den Unternehmern soll diesen Gruppen die „Tariffähigkeit“ und damit der Status als Gewerkschaft auf juridischem Wege aberkannt werden. In der Tarifpolitik wird diese Strategie teilweise reproduziert; das beste aktuelle Beispiel ist der Versuch, die Gewerkschaft der Lokführer im Transportsektor vom Gleis zu schieben, was wiederum der wichtigste Grund für den auch bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe weiterhin laufenden erneuten Streik dieser Berufsgruppe ist.³⁸

schnittlich bis gering. Im März 2011 beschloss der Bundestag einen Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche, verweigerte sich aber dem Equal Pay-Prinzip. Damit ist gesichert, dass die öffentliche Debatte um diesen Aspekt der Prekarisierung weitergeht. Vgl. Bundestag beschließt Gesetz gegen den Missbrauch der Leiharbeit, *Der Tagesspiegel*, 25. März 2011.

³⁶ IG Metall, Betriebsräteumfrage (wie Anm. 35).

³⁷ Kritisch dazu: [<http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarifpolitik/tarifeinheit.html>] (Download 2. März 2011).

³⁸ Lokführer-Streik: Arbeitsniederlegungen bei der Bahn treffen Osten besonders hart, *Spiegel Online*, 2. März 2011, [<http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/0,1518,749029,00.html>] (Download 4. März 2011).

Gleichzeitig – und im Widerspruch dazu – werden in einigen Betrieben und Branchen mittlerweile sogenannte Organizing-Projekte erprobt, in denen das Wissen darum repräsentiert ist, dass die Mitgliederverluste auf Dauer vor allem vermittelt der Mobilisierung in Arbeitskämpfe nachhaltig vermindert werden könnten.³⁹ Die Krise der bundesdeutschen Gewerkschaftsforschung zeigt sich darin, dass beide Strategien („Korporatismus“ und „Organizing“) dort allzu häufig als vereinbar gelten. Eine konkrete Analyse der Organizing-Projekte, vom Wach- und Sicherheitsgewerbe über Discounter-Kampagnen bis hin zur aktuellen Kampagne der IG Metall im Bereich der erneuerbaren Energien, zeigt hingegen, dass eine kämpferische, betriebsnahe Gewerkschaftspolitik ihrer Wirkung beraubt wird, wenn sie auf eine Sozialtechnik beziehungsweise eine Technik der Mitgliederwerbung reduziert wird. Eigenständiges Belegschaftshandeln erzeugt in der Tendenz dort, wo es im Alltag mit den tradierten institutionellen Rahmungen (auch der Politik der Betriebsräte und der Gewerkschaften) konfrontiert wird, heftige Auseinandersetzungen.

Alles in allem bleibt die Landschaft der Arbeitskämpfe zerklüftet. Weiterhin kämpfen einzelne Belegschaften gegen Standort-schließungen.⁴⁰ In anderen Betrieben wehren sich Menschen aus

³⁹ Oft finden diese Projekte in Bereichen statt, in denen ein sehr hoher Anteil prekär Beschäftigter arbeitet. Beispiele für Streiks im Kontext von Organizing-Projekten gibt es mittlerweile einige, zuletzt bei den Bodendienstleistern am Berliner Flughafen Tegel. Vgl. dazu: Flüge verspätet, Flüge gestrichen, Der Tagesspiegel, 27. Mai 2010. Zum Organizing vgl. Peter Birke, Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt, Hamburg 2011. Dort finden sich auch weitere Literaturhinweise.

⁴⁰ Dass diese Kämpfe meist sehr isoliert sind, zeigte unter anderem die einwöchige Werkbesetzung bei der Verpackungsmittel-Firma Affeldt bei Elmshorn (Schleswig-Holstein): Die Tageszeitung, 4. Juni 2010. Gerade im Vergleich mit der Werkbesetzung in der Fahrradfabrik „bike systems“ Nordhausen im Jahre 2007 erscheinen solche Aktionen, die in der Regel mit einem Stellenabbau und einem Vergleich enden, als jenseits der unmittelbar zuständigen Gewerkschaftsabteilung so gut wie überhaupt nicht vernetzt. Nordhausen ist insofern eine Ausnahme, zeigt aber, wie wichtig die externe Unterstützung (dort vor allem aus der FAU und durch linksoppositionelle GewerkschafterInnen) sein kann.

dem Niedriglohnsektor, wie zuletzt etwa die Reinigungskräfte am Düsseldorfer Flughafen⁴¹ oder die prekär Beschäftigten der *Kieler Nachrichten*,⁴² gegen ihre spezifischen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Diese Konflikte sind ein Hinweis auf den oben erwähnten sporadischen, eruptiven Charakter dieser Streiks: Sie tauchen auf und entwickeln auf der lokalen Ebene schnell eine heftige Dynamik, aber sie verschwinden genauso schnell wieder und werden in der Regel nicht einmal in einer linken und gewerkschaftskritischen Mini-Öffentlichkeit besonders thematisiert. Ähnliches gilt für die Proteste von Arbeitenden gegen die „Haushaltskonsolidierung“ und ihre Folgen. Während „griechische Verhältnisse“ in der BRD weit entfernt sind, kam es im Herbst 2010 immerhin zu einigen Demonstrationen und Protesten gegen die Sparpolitik. Diese Proteste weisen darauf hin, dass es gelegentlich möglich ist, viele Menschen zu mobilisieren. An einer Demonstration der gewerkschaftlich gesponserten „Gerecht-geht-anders“-Kampagne in Hamburg beteiligten sich im November 2010 zum Beispiel Zehntausende: eine bunte Mixtur aus Mitarbeitern der Theater, der Polizei, der Kitas und der „Recht-auf-Stadt“-Bewegung.⁴³ Aber nach der Demonstration verschwand dieses kurzfristig belebte „Krisenbündnis“ genauso schnell wie es aufgetaucht war. Vor allem erwies sich eine zentrale Zusammenführung der „Bewegung“ trotz entsprechender Versuche von politischen Entrepreneurs als so gut wie unmöglich.⁴⁴ Die Proteste gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen sind in der Bundesrepublik auch im dritten Jahr nach dem Beginn der Krise vor allem auf lokale Entwicklungen bezogen

⁴¹ Christian Frings, Flugzeugreinigung Klüh. Wie eine rebellische Belegschaft entsorgt werden soll, [http://labournet.de/branchen/dienstleistung/rg/klueh_cf1.pdf] (Download 2. März 2011).

⁴² Gaston Kirsche, LeiharbeiterInnenbelegschaft kieloben. Tarifdumping per Werkvertrag – Medienmacht macht's vor, in: *express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, 7 (2010), S. 5.

⁴³ Vgl. [<http://gerecht-geht-anders.de/>] (Download 2. März 2011).

⁴⁴ Vgl. Michael Prütz, Absagen ist auch keine Lösung. Proteste gegen Sparpaket der Bundesregierung waren klein, aber notwendig, *Junge Welt*, 7. Dezember 2010, S. 4.

und finden in dezentrierter Form statt. Auch den Arbeitskämpfen fehlt die Vernetzung. Sie erreichen nicht die Öffentlichkeitswirksamkeit der vier Vorkrisenjahre. Allerdings sollte uns dies nicht dazu verführen zu glauben, dass die Erkenntnis, dass der Standortkorporatismus auch Konflikte *produziert*, mittlerweile ad acta gelegt werden kann.⁴⁵ Die These könnte heute sogar erweitert werden: Mit der skizzierten Politik der „sozialfriedlichen“ Vereinbarung ist eine Situation geschaffen worden, die die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse weiter verschärft. Wenn es zu Streiks kommt, werden diese zunehmend entweder verloren oder sie schaffen es, Verbindungen zwischen Arbeit und Leben, Fabrik und Stadt, Arbeitenden und NutzerInnen öffentlicher Einrichtungen und so weiter zu thematisieren. Eine Auseinandersetzung mit den emanzipatorischen Potenzialen, die in den Arbeitskämpfen punktuell erschienen sind und erscheinen, bleibt deshalb von kaum zu unterschätzender Bedeutung. Der Korporatismus ist heute, anders als 1970, nur noch ein Nieselregen. Er hüllt ein und beruhigt manche. Aber er kann nicht auf Dauer bleiben.

⁴⁵ Dass der Korporatismus Konflikte eindämmt *und* produziert, kann auch historisch – zum Beispiel anhand der Arbeitskämpfe der späten 1960er Jahre – rekonstruiert werden; vgl. Peter Birke, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark*, Frankfurt am Main 2007, S. 158–191 sowie 218–249. Es ist vor dem Hintergrund der veränderten Rolle der staatlichen Regulation und der vor allem im Vergleich zu 1970 relativ schwachen Position der Sozialdemokratie davon auszugehen, dass ein Korporatismus, der seine Versprechen nicht einlöst (selbst, wenn es nur um „sichere Arbeitsplätze“ geht), eher noch weniger als früher in der Lage ist, die Situation auf den Arbeitsmärkten und in der (urbanen) Gesellschaft zu stabilisieren.